

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Dr. med. Adolf Auer
Verlag: Auer-Verlag, Leipzig
Erscheinungsort: Leipzig

Abonnementpreise: Die Abonnementpreise für ein Jahr betragen 12.00 Mark, für sechs Monate 6.00 Mark, für drei Monate 3.00 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig.

Nr. 227

Donnerstag, den 28. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts über die Erhöhung des Preises für Umlagegebühren haben Meinungsverschiedenheiten geherrscht, die aber nicht für unüberbrückbar gehalten werden.

Der Reichsausschuss für Volkswirtschaft beschloß den Einfuhrzoll für Tabak von 80 auf 75 % zu erhöhen. Diese Zollherabsetzung hat zur Voraussetzung, daß die Einfuhrsteuer auf Tabakerzeugnisse aufgehoben wird und daß Umlagerungen in der inneren Tabakerzeugung vermieden werden.

Nach Brüsseler Nachrichten beabsichtigt die belgische Regierung, die deutschen Schatzwechsel in den Vereinigten Staaten, England und der Schweiz unterzubringen.

König Konstantin von Griechenland hat abgedankt, die Athener Regierung hat demissioniert.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorläufig mit 1765.

Die große Abrüstungsdebatte in Genf.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Am Dienstag hat sich nun auch die Vollversammlung des Völkerbundes in Genf mit der Abrüstungsfrage beschäftigt, die schon seit Wochen in der zweiten Kommission eingehend behandelt worden ist. Bemerkenswert Neues hat die Aussprache in der Vollversammlung nicht mehr gebracht, der Kommissionsbericht und die vorgeschlagene Resolution wurden einfach gutgeheißen. Das war ja auch vorauszusetzen, nachdem Lord Robert Cecil (England-Sekretär) und Senator de Jouvenel (Frankreich) sich nach schweren Kämpfen hinter den Kulissen über eine Entschließung geeinigt und die Zustimmung Italiens, Belgiens und Japans dazu erhalten hatten. Immerhin haben die Reden der Hauptbeteiligten in der Vollversammlung noch einmal die Stimmungen der Ententevertreter in so helle Beleuchtung gerückt, daß eine Würdigung nicht ganz überflüssig sein dürfte. Das gilt ganz besonders für die Rede des Franzosen de Jouvenel.

Dieser äußerst geschickte Taktiker verstand es, in einer langen glänzenden Rede vor dem Forum der Weltvölker die französische Politik als die einzig berechtigte Kulturpolitik zu schildern und im Gegensatz zu ihr die deutsche Politik als typisches Beispiel einer abenteurerlichen Gewalt- und Eroberungspolitik darzustellen. Seit seiner nationalen Einigung habe Frankreich stets von einem Kontinent zum anderen zwischen den Kulturen vermittelt, und es sei daher auch während des Weltkrieges die Schutzgruppe für die Kultur gewesen und die Verkörperung des Rechts, der Fortschritt des Friedens. Frankreich habe den Krieg! Demgegenüber habe Deutschland von jeher Machtpolitik getrieben, von Bismarck an, der offen den Grundgedanken verkündet habe: Macht vor Recht! Aber Nietzsche (!) bis zu Weismann-Hollweg mit seinem Bekenntnis vom Felsen Papier. Gegen solche Gewaltpolitik und ihre Folgeerscheinungen müßten durch den Völkerbund Garantien geschaffen und der Vorkämpfer der Kulturpolitik Frankreich müsse endlich einlaßt und abgelöst werden. Die Menschheit müsse Frankreich küssen: Frankreich, ich bin zur Stelle!

Daß diese äußerlich geistvolle, innerlich verlogene Darstellung der geschichtlichen Wahrheit glatt ins Gesicht schlägt, weiß in Deutschland jedes Kind. Weber hat sich Frankreich immer als kriegshässlicher Friedensengel bewährt (Ludwig XIV., Napoleon, Poincaré), nach dem Bismarck und Weismann-Hollweg je Eroberungspolitik getrieben. Nur vor historisch so wenig unterrichteten Zuhörern, wie sie der Völkerbund in Genf in seiner Mehrheit stellt, kann französische Redseligkeit mit derartigen nachhalligen Geschichtswägen Augenblinderfolge erzielen. Um so mehr ist es Pflicht der deutschen Presse, die historische Wahrheit und den guten Ruf des deutschen Volkes zu verteidigen, die beide in Genf einen Anwalt fanden.

Nur der englische Delegierte Biffes wagte eine ganz vorsichtige Kritik an der französischen Unschuldsschuld, indem er etwas spöttisch von der großen Vereinfachung des Herrn de Jouvenel sprach und (sarkastisch) zugab, daß die Barbaren aus dem Norden es mit dem lateinischen Charnie nicht aufnehmen könnten. Alle übrigen Diskussionsredner überboten sich aus in Schmei-

geleien für den Franzosen. Und dann kam die Abstimmung, die Einigkeit darüber ergab, daß die Reparationsfrage ausschließlich den interessierten Regierungen, zu denen Deutschland bekanntlich nicht gerechnet werden soll, solange vorbehalten bleiben müsse, bis diese selbst den Völkerbund anriefen, und daß der moralischen Wirkung die Lösung des Reparationsproblems und ein internationaler Schuldenausgleich vorgezogen müsse.

In seinem Schlußwort kam Biffes noch auf die Mitarbeit Deutschlands bei der Lösung der Schwierigkeiten zu sprechen. Die Wirtschaftskräfte der Welt können nicht ausschließlich durch die Alliierten behoben werden, sondern es bedürfe dazu auch notwendig der Mitarbeit Deutschlands. Und nun appellierte der englische Vertreter an die Vernunft der — deutschen Geschäftswelt, damit sie bei der Lösung der Schwierigkeiten mit helfe. Das sei um so dringender zu verlangen, als auch die Sicherheit und der Handel Deutschlands von einer befriedigenden Lösung des Reparationsproblems abhängig seien. Diese Ausführungen müssen in Deutschland eigenartig berühren. Sie klingen gerade so, als ob sich bisher Deutschland geweigert habe, zu einer befriedigenden Lösung mit beizutragen. Genau das Gegenteil ist doch richtig. Immer wieder hat — vergeblich — das deutsche Volk seine Mitarbeit am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs angeboten, immer wieder hat es praktische Erfüllungspolitik fast bis zum Bewußtsein getrieben. Die ungeheuren Kosten für alle möglichen Ententemissionen und für eine verschwenderische Besatzungsarmee hat es getragen, Holz- und Kohlenlieferungen bis zur Erschöpfung nach den Ententeditäten aufgebracht, Barzahlungen in Goldmilliarden bis zur völligen Herrichtung seiner eigenen Währung und Wirtschaft geleistet. Selbst als es nach dem Zugeständnis der Reparationskommission nicht mehr in der Lage war, weitere Geldopfer zu bringen, hat es neue Sachleistungen übernommen und Wege ausfindig gemacht, die einen Ersatz der Barzahlungen durch sofort realisierbare Schatzwechsel ermöglichten. Und da will jemand noch ernsthaft an die Vernunft der deutschen Geschäftswelt appellieren, daß sie sich endlich zur Mitarbeit an der Ueberwindung der Weltnot entschließen solle? Das muß fast wie blätiger Hohn in Deutschland wirken.

Der Völkerbund hat am Dienstag rednerische Kunstleistungen ersten Ranges über diejenigen Fragen zu Gehör gebracht, die gegenwärtig Schicksalsfragen für die ganze Welt bedeuten. Wer es ist nicht eine einzige praktische Lösung dabei zutage gefördert worden, und selbst die Hoffnung auf eine künftige rettende Tat des Völkerbundes erscheint kaum berechtigt. Nicht einmal eine Meinigung der Atmosphäre ist erzielt worden. Der Völkerbund hat sich vielmehr aufs neue und ausdrücklich als das bekannt, was er gegenwärtig ist: als ein willkürliches Werkzeug der Alliierten.

Umbildung der Reichsregierung?

Vor dem Austritt der Sozialisten

aus dem Kabinett!

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben längst Besprechungen zwischen den eben geeinigten sozialistischen Parteien stattgefunden, die dahin gingen, aus der Reichsregierung auszutreten und die weitere Verantwortung den bürgerlichen Parteien zu überlassen. Auch in Preußen wird eine Jurisdiktion der sozialistischen Minister geplant. Der Reichstag wird also vielleicht bereits Mitte Oktober vor die Ausgabe gestellt werden, eine neue Regierung zu bilden, und zwar eine rein bürgerliche, da die Deutsche Volkspartei unbedingt an ihrer Beteiligung an der Regierung festhält und die sozialistischen Parteien eine Beteiligung an einer Regierung mit der Deutschen Volkspartei zusammen ablehnen.

Angeblliche Reisengefahr wegen der Getreideumlage.

Über die Getreideumlage scheint sich im Kabinett eine Krise zu entspannen. Reichsernährungsminister Fehle hat am Dienstag dem Kabinett eine Vorlage vorgelegt, die eine etwa 50prozentige Erhöhung der bisherigen Umlagepreise für Getreide vorläßt. Die Dienstag nachmittag zur Beratung der Vorlage angelegte Kabinettsitzung ist jedoch vertagt worden, da von den sozialistischen Ministern eine Erörterung für zwecklos erklärt worden ist. Es soll nun versucht werden, auf Grund einer internen Besprechung zwischen den Ministern eine geeignete Basis zu schaffen. Es scheint, als wenn die angeblichen Äußerungen des Ministers Dr. Fehle in München besonders den Widerstand des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers veranlassen. Gerade der Wirtschaftsmi-

nister hatte sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg auch in der Frage der Getreideumlage festgelegt und sich gegen jede Erhöhung der Preise ausgesprochen. Im übrigen wird im Reichsernährungsministerium erklärt, daß Dr. Fehle auf keinen Fall bei der Tagung des bayerischen Bauernbundes mit seinem Rücktritt für den Fall gedroht habe, daß die Preise nicht entsprechend erhöht würden. Welche Situation sich allerdings für den Fall der Ablehnung der Vorlage ergeben wird, kann noch nicht gesagt werden.

Vorschlag der Naturalwertrente.

Am Sonnabend und Sonntag fand bekanntlich in Braunschweig eine Konferenz der der Deutschen Demokratischen Partei zugehörigen Minister des Reiches und der Länder statt. Ueber den Vorschlag, an Stelle der Reichseinkommen- und Vermögenssteuer und der Grundsteuer der Länder mit den Zuschlägen der Gemeinden von land- und forstwirtschaftlichem Kulturboden

eine Naturalwertrente zu erheben,

sprach der oldenburgische Ministerpräsident Lange. Er erklärte u. a., die Steuererhöhung erfolge gegenwärtig verspätet. Das mache den Ertrag des Reiches, der Länder und Gemeinden an der Steuer gering. Eine nach dem Wert des wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisses, des Brotgetreides, berechnete Naturalwertrente bringe erheblich höhere Erträge. Diese Steuererhöhung sei außerordentlich einfach. An dem Ertrag der Naturalwertrente müßten Reich, Länder und Gemeinden beteiligt sein. Diese Abgabe habe zur Folge, daß jeder Wirtschaftler von Boden einen über den Ertrag der festen Abgabe hinausgehenden Ertrag umgeschälert für sich beanspruchen könne. Damit sei ein für allemal ein Streit um die Zwangsumlage oder freie Bewirtschaftung des Brotgetreides erledigt. Die Hauptbedenken, die gegen diese Naturalwertrente aufstießen, sind vor allem die Herausnahme des land- und forstwirtschaftlichen Kulturbodens aus dem jetzt für alle Einkommen und Vermögens geltenden gleichen Steuerrechte. Redner gab an Hand einiger Zahlen ein Bild über den Ertrag der Naturalwertrente. Der gesamte land- und forstwirtschaftliche Kulturboden Deutschlands betrage 42 859 880 Hektar. Eine Abgabe von zwei Doppelzentnern je Hektar, gerechnet den Durchschnittspreis des Brotgetreides für das Jahr 1920 mit je 700 Mark je Doppelzentner, würde einen Ertrag von 60 003 832 000 Mark ergeben haben, für 1921 bei 584 Mark je Doppelzentner Brotgetreidepreis 48 345 914 640 Mark, und für 1922 würde ein Brotgetreidepreis von 4000 Mark je Doppelzentner 342 878 400 000 Mark ergeben. Der Vorschlag wurde von den anwesenden Ministern einstimmig begrüßt. Er soll einer eingehenden Ausarbeitung unterzogen werden.

Ein Fall von Meuterei im Reichsheere.

Die rote Fahne läßt als Antwort auf die in Nürnberg vollzogene Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien alle Klünge der Agitation spielen, um von dem linken Flügel der Unabhängigen möglichst viel für sich einzufangen. Neuerdings hat sie sich nun ein neues Gebiet der Agitation ausgesucht: Die Polizei und die Reichswehr. Diesen Brüdern im Waffenrock widmet sie eine ganze Seite und zum Teilens dafür, daß die Bemühungen durchaus nicht ausbleiben sind, berichtet sie von einer Meuterei, die sich Anfang Juli in Öden in Ostpreußen ereignet hat. Nach der Darstellung der roten Fahne sollen sich die Truppen dort vorbildlich revolutionär benommen haben. Wie von zufälliger Stelle dazu mitgeteilt wird, haben sich tatsächlich am 10. Juli in Öden recht unerfreuliche Ereignisse abgespielt. Ein großer Teil des in Öden liegenden dritten Bataillons des Regiments 2 zog nach einer Versammlung vor die Kasernen und verlangte die Absetzung der monarchistischen Offiziere und die Abschaffung von Feuerzuzulagen. Angesichts der entschlossenen Haltung der Vorgesetzten jedoch wurden sie sehr bald kleinlaut und ließen sich ohne Widerstand entwaffnen. Der recht befremdliche Vorfall ist tatsächlich auf parteipolitische Verhältnisse zurückzuführen, die bei den Reichswehrsoldaten in dem recht wenig Unruhe regenden Ostpreußen auf empfindlichen Boden stieß. Dem Reichswehrministerium ist bekannt, daß seit dem Kaiserantritt eine außerordentlich starke politische Bewegung unter den Soldaten stattfindet. Der Fall ist also sicherlich nicht harmlos, wenn er sich natürlich auch nicht so abgespielt hat, wie die rote Fahne es aus erklärlichen Bedürfnissen heraus darstellt.